

Auszug aus **Context XXI**<http://contextxxi.org/entsendegesetz-vorgelegt.html>

erstellt am: 17. Juni 2024

Datum dieses Beitrags: Dezember 1996

# Entsendegesetz vorgelegt

**■ PETER STEYRER**

Die Bundesregierung hat ein Entsendegesetz vorgelegt, daß die Praxis von Truppenentsendungen in Zukunft gestalten soll. Alle neutralitätsrechtlichen Beschränkungen sind darin praktisch aufgehoben. Es können damit in Zukunft österreichische Soldaten auch mit einem Mandat zur Friedensdurchsetzung unter NATO-Kommando in die Welt geschickt werden. Damit werden eine Generalvollmacht und ein Freibrief zur Truppenentsendung geschaffen. Im Jänner 1997 soll die Regierungsvorlage im Verfassungsausschuß verhandelt werden.

Das sicherheitspolitische Positionspapier der *SPÖ* hat diese Linie bereits

vorgezeichnet. Wengleich auch in den Medien vor allem die Ablehnung eines NATO- oder WEU-Beitritts seitens der *SPÖ* hervorgestrichen wurde, beinhaltet dieses Papier eine Reihe neutralitätswidriger Ziele.

So wird die Erfüllung der sogenannten Petersberg-Aufgaben ebenso zu einem sicherheitspolitischen Ziel Österreichs erklärt wie auch die Beteiligung und Integration österreichischer Einheiten in die Combined Joint Task Force der NATO, „um auch auf Nicht-Artikel-V-Fälle reagieren zu können“. Ein NATO-Vollbeitrag wird zwar formal ausgeschlossen, aber der Inhalt der sicherheitspolitischen Positionen der *SPÖ* ermöglicht eine Beteiligung an allen Mil-

itärinterventionen der NATO.

Düstere Aussichten für die Neutralität.

**Peter Steyrer:** Dr. phil, Kommunikationswissenschaft und Philosophie, war langjähriger Aktivist und „tragende Säule“ der *ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung*. Seit 1999 EU-Koordinator des *Grünen Klubs* im Parlament. Redaktionsmitglied von **Context XXI (ZOOM)** bis März 1999.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels